

Wahlhilfe zum Thema Flucht und Migration

(Landtagswahl NRW 15.05.2022)

Wir, die „Seebrücke NRW“ und die Kampagne „Wir haben Platz“ wollen darüber aufklären, wie sich die Parteien bei einer Beteiligung in der nächsten Landesregierung zum Thema Flucht und Migration verhalten wollen. Dafür haben wir Wahlprüfsteine an die großen demokratischen Parteien geschickt und die Antworten, die wir bekommen haben für euch hier dargestellt.

Landtagswahl NRW 15. Mai

Wahlhilfe zum Thema Flucht und Migration

	Schaffung eines Landesaufnahme- programms	Abschaffung der Sammel- unterbringungen	Abschaffung der Abschiebehafte	Abschaffung von Abschiebungen
Linke	✓	✓	✓	✓
Grüne	?*	✗	✓	?*
SPD	✓	?*	✗	✗
CDU	✗	✗	✗	✗
FDP	✗	✗	✗	✗

*Bei dieser Frage haben wir leider keine eindeutige Antwort bekommen

1. Plant Ihre Partei die Konzeption und Umsetzung von Landesaufnahmeprogrammen über den Königsteiner Schlüssel hinaus?

Die Linke

Wir unterstützen die Idee eines Landesaufnahmeprogramms, welches unter anderem von uns in der Berliner Landesregierung vorgeschlagen wurde. Als erstes sollte sich dies an alle Menschen, die aus Afghanistan fliehen, richten. Eine Begrenzung der Anzahl derjenigen, die darüber nach NRW kommen sollen, finden wir falsch, denn kein Mensch flieht ohne Grund. Dieses Angebot sollte im Idealfall nicht nur die Aufnahme, sondern auch sichere Fluchtwege beinhalten, die über Nachbarländer Afghanistans stattfinden könnten.

Bündnis 90/Die Grünen

Wir haben zahlreiche Anträge in der aktuellen Legislaturperiode eingebracht und die Landesregierung in verschiedenen Anträgen aufgefordert, Schutzsuchende aus den Flüchtlingslagern in Griechenland, von der bosnisch-kroatischen Grenze und aus Seenot Gerettete aufzunehmen. Über 90 Kommunen in NRW sind mittlerweile bereit, Geflüchtete auch über den Königsteiner Schlüssel hinaus bei sich unterzubringen und zu versorgen. Hier stehen wir klar an der Seite der 'Sicheren Häfen' und werden die Aufnahmebereitschaft der Kommunen weiter bestärken. Darüber hinaus werden wir ein humanitäres Aufnahmeprogramm für jesidische Frauen auflegen.

SPD

Ja. Wir stehen für eine humanitäre und solidarische Asyl- und Flüchtlingspolitik. Wir unterstützen die Städte und Kommunen, die sich zu sicheren Häfen erklärt haben und über den Königsteiner Schlüssel hinaus Geflüchtete aufnehmen wollen. Wir werden ein Landesaufnahmeprogramm für Nordrhein-Westfalen einrichten, welches das Ziel verfolgt, besonders schutzbedürftige Geflüchtete und Binnenvertriebene aus humanitären Gründen in Nordrhein-Westfalen aufzunehmen.

CDU

Wer Schutz vor Verfolgung und Krieg benötigt, muss ihn bekommen. Für uns steht solidarisches Handeln immer im Vordergrund. Dies ist aktuell insbesondere in der Ukraine-Krise gefragt. Viele schutzbedürftige Menschen kommen nach Nordrhein-Westfalen, in ein sicheres Bundesland. Wir helfen, wenn es darauf ankommt. Dafür müssen wir gemeinsam mit dem Bund und den anderen Ländern eng zusammenarbeiten. Den Menschen, die zu uns kommen, bieten wir Schutz. Wir werden ihnen Unterkunft bieten, ihre organisatorische sowie psychologische Betreuung sowie den Zugang zu gesundheitlicher Versorgung und schulischer Bildung sicherstellen. Wir werden Integrationsangebote machen und die Kommunen unterstützen. Die Verteilung von Flüchtlingen wird dabei bundeseinheitlich geregelt.

FDP

Wir stehen zu unserer humanitären Verantwortung zur Aufnahme von Geflüchteten. Den aus der Ukraine vertriebenen Menschen bieten wir mit dem Instrument des vorübergehenden Schutzes eine Aufenthaltserlaubnis ohne langwieriges Asylverfahren. Der Prozess der Aufnahme von Schutzsuchenden erfordert aber nicht nur rechtlich, sondern auch organisatorisch und politisch zumeist eine Koordination durch den Bund. Zudem sollte auf

eine asylrechtliche Prüfung vor Erteilung von Aufenthaltsrechten im Regelfall nicht verzichtet werden. Landesaufnahmeprogramme sind ein mögliches Instrument von vielen, um humanitäre Aufnahmeprozesse durchzuführen und über den Königsteiner Schlüssel hinaus Schutzsuchende aufzunehmen. Für uns ist entscheidend, dass Menschen in ihrer konkreten Notsituation geholfen wird und weniger die Frage, über welches Instrument diese Hilfe organisiert wird. Sowohl bei den Geflüchteten aus Afghanistan als auch bei denen aus Griechenland als auch jetzt bei den Vertriebenen aus der Ukraine haben wir uns jeweils schnell, unbürokratisch und unkompliziert über den Königsteiner Schlüssel hinaus bei der Aufnahme engagiert, und wir haben vor, uns auch in Zukunft lageangemessen genauso zu verhalten (mit dem jeweils geeigneten Aufnahmeinstrument).

2. Inwieweit wollen Sie sich gegenüber der Bundesregierung für kommunale Aufnahmemöglichkeiten einsetzen?

Die Linke

Eine Möglichkeit über das Landesaufnahmeprogramm hinaus wäre die Unterstützung der Kommunen, die sich als sicherer Hafen erklärt haben und damit bereit sind mehr Menschen aufzunehmen. Darüber hinaus sollte sich auch NRW zum sicheren Hafen erklären. Es braucht Druck auf die Bundesregierung, um die bisherige Regelung abzuschaffen, die es Ländern und Kommunen verbietet eigenständig Geflüchtete aufzunehmen.

Bündnis 90/Die Grünen

Wir werden weiter Druck auf den Bund ausüben, Aufnahmeprogramme zu schaffen, um Menschen in Not bei uns Schutz zu bieten. Gleichmaßen werden wir uns dafür einsetzen, das Bundesinnenministerium für Landesaufnahmeprogramme und Sonderkontingente von Geflüchteten zu gewinnen. Denn weiterhin muss ein Landesaufnahmeprogramm im Einvernehmen mit dem Bundesinnenministerium erfolgen. Zudem ist wichtig, die zusätzlichen Aufnahmekapazitäten eng mit den Kommunen abzustimmen und eine geordnete Koordination zw. Hilfsorganisationen, Land und Kommunen herbeizuführen. Gleichzeitig streben wir eine stärkere Eigenständigkeit und Mitbestimmung von Kommunen in der EU bei der Aufnahme von Geflüchteten an.

SPD

Siehe Frage 1

Wir wollen ein eigenes Landesaufnahmeprogramm auf den Weg bringen, das Kommunen und Städten erlaubt über den Königsteiner Schlüssel hinaus Geflüchtete aufzunehmen, sofern sie selbst freie Kapazitäten melden. Damit verfolgen wir das Ziel besonders schutzbedürftige Geflüchtete und Binnenvertriebene aus humanitären Gründen aufzunehmen. Die Aufnahme muss dezentral und unbürokratisch erfolgen. Da die Unterbringung und Integration von Geflüchteten eh von den Städten und Kommunen geleistet wird, sind sie selbst am besten in der Lage über freie Kapazitäten auf ihrem Wohnungsmarkt, in Betreuungs- und Bildungseinrichtungen zu entscheiden. Das wollen wir als Landesregierung unterstützen.

CDU

Die Verteilung von Flüchtlingen ist bundeseinheitlich geregelt. Wir beabsichtigen keine Kommunalisierung der Flüchtlingspolitik. Wir unterstützen die Kommunen bei den anstehenden Aufgaben: Durch die Reform des Flüchtlingsaufnahmegesetzes haben wir die gesetzliche Grundlage dafür geschaffen, Kommunen bei der Aufnahme von Flüchtlingen deutlich stärker finanziell zu unterstützen. Durch die Novelle des Teilhabe- und Integrationsgesetzes wurde eine Mindestförderung von 130 Millionen Euro jährlich für die Integrationsarbeit der Kommunen festgeschrieben.

FDP

Wir begrüßen und fördern hohe Aufnahme- und Hilfsbereitschaft in vielen Kommunen und in der Bevölkerung insgesamt. Einwanderung betrifft jedoch nie nur eine Kommune oder nur ein einzelnes Bundesland alleine. Deshalb ist es richtig und wichtig, dass für Landesaufnahmeprogramme das Einvernehmen mit dem Bund erforderlich ist. Ein unabhängiges Aufnahmerecht einzelner Kommunen ist ebenfalls nicht vertretbar. Sehr wohl werden wir in der Landesregierung, wie bereits in der Vergangenheit praktiziert, geäußerte Aufnahmebereitschaft einzelner Kommunen über den Königsteiner Schlüssel hinaus bei unseren Planungen und bei der Zuweisung von Flüchtlingen, soweit rechtlich möglich, berücksichtigen.

3. Welche Maßnahmen halten Sie für erforderlich, um für geflüchtete Menschen in NRW eine menschenwürdige und angemessene Unterbringung zu gewährleisten?

Die Linke

Wir wollen alle Geflüchteten in Wohnungen unterbringen, damit diese nach dem Horror der Flucht Sicherheit und Freiheit genießen können. Darüber hinaus müssen alle Regeln, die die Beteiligung am Erwerbsleben wie auch in der Bildungsteilhabe einschränken, aufgehoben werden.

Bündnis 90/Die Grünen

Für uns GRÜNE ist es absolut inakzeptabel, Menschen bis zu 24 Monate in Zentralen Unterbringungseinrichtungen zu isolieren. Die Menschen haben häufig keine Möglichkeit, arbeiten zu gehen oder sich eigenes Essen zu kochen. Deshalb lehnen wir den Asylstufenplan klar ab. Wir brauchen Einrichtungen, in denen schutzsuchende Menschen ankommen dürfen und nicht abgestellt werden. Wir wollen wieder zu einem System der schnellen Zuweisung in die Kommunen zurückkehren, mit dezentralen und abgeschlossenen Wohneinheiten. Hierzu wollen wir ein gemeinsames Aufnahme- und Unterbringungskonzept mit den Kommunen entwickeln, das bisher fehlende Standards für die Unterbringung und Versorgung in der Kommune festlegt. Die Zentralen Landesunterkünfte sollen zukünftig nur noch als Unterbringung in den ersten drei Monaten dienen, in denen die Geflüchteten ankommen können, registriert werden, eine gesundheitliche Erstvorsorgeuntersuchung

bekommen und besondere Schutzbedarfe flächendeckend identifiziert werden. Der Zugang zu Rechtsbeistand und einem individuellen Asylverfahren muss gewährleistet sein.

SPD

Mit dem Landesintegrationsplan für Geflüchtete haben wir 2015 begonnen; nun wollen wir den Fokus auf eine schnelle Arbeitsmarktintegration und schnelle Einschulung von Kindern und Jugendlichen legen. Dazu gehören zügige und unbürokratische Anerkennung der Berufsqualifikationen, Nachqualifizierungen, Weiterbildungen und eine gezielte fachspezifische Sprachförderung. Frauen sollen durch bessere Betreuungsmöglichkeiten für Kinder und gezielte Ansprache für den Arbeitsmarkt gewonnen werden und gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Integration funktioniert am besten mit der Familie. Wir begrüßen daher, dass sich der Bund für die Angleichung der Regelungen für den Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten an die Regelung für Flüchtlinge einsetzt, und werden dies auch für den Geschwisternachzug bei unbegleiteten, minderjährigen Flüchtlingen unterstützen. Gut integrierte Geflüchtete, die ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten, sollen schneller einen rechtssicheren Aufenthaltsstatus erhalten. Wir werden zusammen mit der Bundesebene ihre Einbürgerungsmöglichkeiten erleichtern und Kettenduldungen vermeiden

CDU

Wir wollen eine geordnete Einwanderungspolitik. Es ist eine humanitäre Verpflichtung, Flüchtlingen Schutz zu bieten und dabei Recht und Gesetz konsequent anzuwenden. Die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen ist der Beginn einer Verantwortung, die den asylsuchenden Menschen in den Blickpunkt nimmt. Vor diesem Hintergrund und mit der Zielsetzung, Aufnahme, Unterbringung und Betreuung aus der Sicht der Geflüchteten zu denken und zu gestalten, stehen wir bereits mit den Kirchen und Nichtregierungsorganisationen aus dem Bereich der Flüchtlingshilfe im regelmäßigen Dialog. Die menschenwürdige und angemessene Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern ist in den Landesaufnahmeeinrichtungen gegeben. Die Zuweisung in eine Kommune sollte in der Regel nach Klärung der Bleibeperspektive erfolgen. Dies ist im Sinne eines gezielten Einsatzes unserer Integrationsressourcen und damit im Interesse aller Beteiligten.

FDP

In den Kommunen setzen wir uns für eine möglichst schnelle dezentrale Unterbringung in eigenen Wohnungen ein, weil das der Integration am dienlichsten ist. Hierfür haben wir die finanzielle Unterstützung der Kommunen für die Versorgung und Unterbringung der Geflüchteten über das FlüAG deutlich erhöht. Auch im Landessystem haben wir auf überdimensionierte „Ankerzentren“ verzichtet und stattdessen auf dezentrale, kleine und mittelgroße Landeseinrichtungen gesetzt. Dort wurde bereits ein hoher Unterbringungsstandard u. a. mit Kinderspielstuben, Rückzugsräumen für Frauen, Sprachkursen und organisierten Sport- und Freizeitaktivitäten erreicht und mit den

Betreuungs- und Sicherheitsdienstleistungen vertraglich festgeschrieben. Neben den bewährten sozialen, Verfahrens- und Rückkehrberatungen und dem dezentralen Beschwerdemanagement haben wir nun auch eine psychosoziale Erstberatung neu geschaffen, damit traumatisierte Flüchtlinge von Anfang an ihren spezifischen Anforderungen entsprechend versorgt werden können. Mit der Einführung eines neuen schulnahen Bildungsangebotes für Kinder und Jugendliche wurde der unhaltbare Zustand, dass Kindern in Landeseinrichtungen bis dahin ihr Recht auf Bildung verwehrt wurde, endlich beendet. Wir haben das Landesgewaltschutzkonzept NRW in allen Landeseinrichtungen eingeführt. Es ist, insbesondere zur Verhinderung sexualisierter Gewalt und zum Schutz von LSBTIQ* Personen, in jeder Einrichtung verbindlich umzusetzen. Den Kommunen ist das Gewaltschutzkonzept NRW gemeinsam mit unseren weiteren vertraglich garantierten Qualitätsstandards zur Anwendung in ihren Sammelunterkünften empfohlen. Zur Vermeidung von Obdachlosigkeit kann es bei einem sehr starken Zuzug von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine vorübergehend notwendig sein, Abstriche bei den Unterbringungsstandards hinzunehmen. Unser Ziel bleibt es aber, wie in der Vergangenheit bereits nachgewiesen, den Unterbringungsstandard kontinuierlich bedarfsgerecht zu verbessern.

4. Inwieweit wollen Sie sich ggü. der Bundesregierung für kommunale Aufnahmemöglichkeiten einsetzen?

Die Linke

Ja, wir lehnen Sammelunterkünfte ab.

Bündnis 90/Die Grünen

Wir planen, die Zentralen Unterbringungseinrichtungen des Landes für die ersten drei Monate als vorläufige Unterbringung beizubehalten, damit die Registrierung, Erstuntersuchung und die weitere Unterbringung organisiert werden können. In den ZUE sollen sie zunächst ein wenig Ruhe finden, dann aber danach sehr zügig in die Kommunen zugewiesen werden, damit sie dort Gesundheits- und Integrationsleistungen in Anspruch nehmen und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Damit verlagern wir den Fokus der Flüchtlingsaufnahme wieder auf die Kommunen, die Landesunterbringungseinrichtungen fungieren dann nur noch als vorläufige Registrierungs- und Aufnahmeunterbringungen.

SPD

Wir werden die Unterbringung von Geflüchteten in Nordrhein-Westfalen neu organisieren. Die zentralen Unterbringungseinrichtungen (ZUE) werden wir abschaffen und durch ein Unterbringungskonzept ersetzen, das eine schnelle dezentrale Unterbringung der Hilfesuchenden sicherstellt.

CDU

Eine dezentrale Unterbringung geflüchteter Menschen, die kommunal zugewiesen wurden, befürworten wir aus integrationspolitischen Gesichtspunkten. Bei der Aufgabenwahrnehmung

respektieren wir das Subsidiaritätssystem - Kommunen sollen eigenverantwortlich über die konkrete Art der Unterbringung der Geflüchteten entscheiden. Geflüchtete werden in Umsetzung des Asylstufenplans zur Entlastung der Kommunen grundsätzlich bis zur Entscheidung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge über ihren Asylantrag, längstens jedoch bis zum Ablauf der asylgesetzlich normierten Wohnverpflichtung, in zentralen Unterbringungseinrichtungen des Landes untergebracht und versorgt. Nach Beendigung der Wohnverpflichtung werden die Geflüchteten aus diesen Einrichtungen heraus Kommunen zugewiesen. Die Kommunen sind für die Unterbringung und Versorgung der ihnen zugewiesenen Geflüchteten sodann zuständig. Allgemein ist die Unterbringung in Erstaufnahmeeinrichtungen bzw. Zentralen Unterbringungseinrichtungen sinnvoll.

FDP

Nein. Es gibt auch kein anderes Bundesland, das dies praktiziert oder plant. Die Steuerung der Aufnahme von Geflüchteten in einem Landesaufnahmesystem mit Sammelunterkünften ist für eine gute Unterbringung, Versorgung und Integration in den Kommunen unerlässlich. Mit unserem Asyl- Stufenplan und der schrittweisen Zentralisierung der Zuständigkeit für die Rückkehr sollen Ausreisepflichtige möglichst zügig, direkt aus den Landeseinrichtungen in ihre Herkunftsländer zurückgeführt werden. Das entlastet die Kommunen bei den Rückführungen und der Versorgung von ausreisepflichtigen Geflüchteten, damit sie sich voll und ganz auf die Integration der Menschen, die voraussichtlich bei uns bleiben werden, konzentrieren können. Familien mit Kindern werden spätestens nach sechs Monaten den Kommunen zugewiesen.

5. Inwieweit will Ihre Partei an der Praxis der Sammelabschiebungen aus NRW festhalten?

Die Linke

Gar nicht, wir lehnen Abschiebungen prinzipiell ab.

Bündnis 90/Die Grünen

"Jedes Asylverfahren muss fair und individuell durchgeführt werden und die betroffenen Personen müssen genügend Zeit haben, sich bei Bedarf Rechtsbeistand zu organisieren. Insbesondere besonders zu schützende Personengruppen wie Sinti*zze und Rom*nja, LSBTIQ* und wegen Gewalt gefährdete Frauen müssen vor einer Abschiebung in Unrechtsregime und Kriegsregionen bewahrt werden. Freiwillige Rückkehr muss weiterhin Vorrang vor Abschiebungen haben. Abschiebungen in Unrechtsregime und Kriegsregionen, wie Syrien oder Afghanistan lehnen wir ab. Zudem wollen wir die Abschiebebeobachtung perspektivisch weiter stärken.

Darüber hinaus müssen wir die aktuell noch hohen Hürden für Zuwanderungswege abbauen, damit das Asylsystem entlastet wird und Personen über andere legale Wege zu uns kommen können. Wir unterstützen die Bundesregierung in ihrem Vorhaben, ein modernes

Einwanderungsrecht zu schaffen, das einem Einwanderungsland wie Deutschland gerecht wird und Spurwechsel in einen sicheren Aufenthaltstitel ermöglicht."

SPD

Bei vollziehbar ausreisepflichtigen schweren Straftätern und Gefährdern werden wir an den Sammelabschiebungen festhalten.

CDU

Wir stehen weiterhin für eine konsequente Rückführung, insbesondere von Straftätern und Gefährdern. Grundsätzlich sind Abschiebungen erforderlich, wenn die Ausreisepflicht vollziehbar ist, eine Ausreisefrist nicht gewährt wurde oder diese abgelaufen ist, und die freiwillige Erfüllung der Ausreisepflicht nicht gesichert ist oder aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung eine Überwachung der Ausreise erforderlich erscheint.

FDP

Die Durchsetzung der Ausreisepflicht bei Menschen, die nach unseren Gesetzen kein Recht auf unseren Schutz oder ein anderweitiges Bleiberecht haben, ist wichtig, um auf Dauer die Akzeptanz für Einwanderung und Flüchtlingsschutz zu erhalten. Sammelabschiebungen sind für ein geordnetes Rückführungsverfahren unerlässlich, auch wenn wir der freiwilligen Ausreise stets den Vorzug geben. Sie werden von speziell geschulten Personenbegleitern mit besonderer Expertise für diese Aufgabe und Ärzten begleitet, um die belastende Situation so erträglich wie möglich zu gestalten.

6. Inwieweit halten Sie das Konzept der Abschiebehaft für Personen mit Ausreiseverpflichtung für sinnvoll?

Die Linke

Abschiebehaftanstalten verstoßen in ihrer aktuellen Form gegen geltende Normen und Gesetze der EU. Wir lehnen Abschiebehaftanstalten allerdings auch prinzipiell ab.

Bündnis 90/Die Grünen

Menschen, die sich bisher nichts haben zuschulden haben kommen lassen, sollten möglichst nicht in Abschiebehaft genommen werden. Freiheitsentzug erachten wir in solchen Fällen als unverhältnismäßig. Daher setzen wir uns perspektivisch für die Abschaffung von Abschiebehaft ein.

SPD

Grundsätzlich werden wir das Konzept der Abschiebehaft neu ordnen. So werden wir dafür sorgen, dass Kinder und Jugendliche nicht in Abschiebehaft genommen werden. Die Dauer der Abschiebehaft werden wir so gestalten, dass Menschen nicht übermäßig lange in

Abschiebehaft verbleiben. Grundsätzlich wollen wir Menschen die integrationswillig sind, die Chance geben auch ohne Asylgrund hier einen Aufenthaltstitel zu erhalten.

CDU

Sicherheit für die Menschen in unserem Land ist uns ein zentrales Anliegen. Jeglicher Art von Kriminalität begegnen wir mit einer Null-Toleranz-Strategie. Die Abschiebehaft ist ein rechtliches Instrument dafür, die Ausreisepflicht insbesondere gegenüber Straftätern und Gefährdern durchzusetzen. Wir haben die Abschiebehaft und das Abschiebungshaftvollzugsgesetz praxisgerecht angepasst. Für die Sicherheit der Einrichtung, eine frühzeitige Erfassung der Bedürfnisse der inhaftierten Personen sowie eine umfassende Gefährdungseinschätzungen wurde eine neue Zugangsregelung eingesetzt. Zudem können sich die Untergebrachten mit Beschwerden an eine vom Land beauftragte, aber unabhängig tätige Person wenden. So haben wir eine gute Balance zwischen den gestiegenen Sicherheitsanforderungen und den Freiheitsrechten hergestellt.

FDP

Das klassisch liberale Konzept von „Open Borders“ ist in einer Gesellschaft mit vollausgebildetem Sozialsystem wie der unseren in der Praxis nicht umsetzbar. Insofern muss es Regeln für die Einreise geben, und diese Regeln müssen im Falle der Ausreisepflicht auch durchgesetzt werden, wie bei jedem anderen Gesetz auch. Wenn jeder sich durch die Verweigerung seiner Mitwirkungspflichten oder Untertauchen der Rückführung entziehen könnte, ließe sich die Ausreisepflicht überhaupt nicht mehr durchsetzen. Deswegen kann man bedauerlicherweise auf Abschiebehaft und Ausreisegewahrsam als ultima ratio nicht vollständig verzichten. Selbst Straftäter und terroristische Gefährder könnte man andernfalls überhaupt nicht mehr zurückführen. Die freiwillige Ausreise ist für uns immer der zwangsweisen Rückführung vorzuziehen. Deswegen werden wir, wie in der Vergangenheit, Rückkehrberatung und freiwillige Rückkehrprogramme mit Integrationsunterstützung im Herkunftsland weiter ausbauen.

7. Welche Änderungen planen Sie in Hinblick auf Abschiebungen aus NRW?

Die Linke

Wir wollen alle Abschiebungen verhindern, ein erster Schritt in diese Richtung sind Abschiebeverbote für Kinder, Jugendliche sowie ihre Familien und Menschen, die eine Arbeit haben. Darüber hinaus müssen Möglichkeiten wie Winterabschiebestopp und Abschiebestopp für spezielle Länder, möglichst alle, so breit gestaltet werden, dass kein Mensch mehr abgeschoben wird.

Bündnis 90/Die Grünen

Siehe Antwort 5 und 6.

SPD

Für die NRWSPD hat die freiwillige Ausreise Priorität. Deshalb werden wir an Programmen zur staatlichen Rückkehrförderung für Menschen ohne Bleiberecht festhalten. Wie auf der Bundesebene wollen wir die staatliche und unabhängige Rückkehrberatung stärken.

CDU

Wir haben klare Vorgaben und Gesetze, die Abschiebungen und Rücküberstellungen regeln. Die Landesbehörden handeln nach diesen Regeln. Dabei wägen die zuständigen Behörden stets die Verhältnismäßigkeit der Mittel ab. Vor allem bei Familien und Kindern nehmen die Beamtinnen und Beamten größte Rücksicht. Die Belastungen bei der Abschiebung oder Rücküberstellung werden so gering wie möglich gehalten. In einer großen Zahl der Fälle erfolgen die Maßnahmen auf Grundlage einer freiwilligen Ausreise. So sorgen wir für die Durchsetzung unserer rechtlichen Prinzipien. An der gängigen Praxis werden wir festhalten.

FDP

Zu einer geordneten Einwanderungspolitik mit klaren Regeln gehört auch, dass insbesondere Straftäter und Gefährder konsequent abgeschoben werden. Wer keinen Schutzgrund hat und unsere Gesellschaft gar bedroht, muss, sofern er nicht freiwillig ausreist, in sein Heimatland zurückgeführt werden. Andererseits haben wir in Nordrhein-Westfalen das deutschlandweit liberalste Bleiberecht für gut integrierte Geduldete geschaffen. Wir wollen keine Abschiebung gut integrierter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Familien. Unsere Haltung bleibt klar: Konsequent insbesondere gegenüber Kriminellen und Gefährdern und Chancen auf Integration und Bleiberechte für Integrationswillige.

8. Für welche asyl- und migrationspolitischen Maßnahmen wollen Sie sich gegenüber der Bundesregierung, im Bundesrat und der Innenminister:innen-Konferenz einsetzen?

Die Linke

Die sofortige Abschaffung der Kettenduldungen und deren Umwandlung in reguläre Aufenthaltstitel, die Abschaffung der sicheren Herkunftsländer und ein Abschiebeverbot für Kinder und Jugendliche gehören zu den ersten Maßnahmen, die wir forcieren würden.

Bündnis 90/Die Grünen

Wir unterstützen ausdrücklich den Paradigmenwechsel in der Einwanderungspolitik, den die Ampelkoalition in ihrem Koalitionsvertrag angekündigt hat. Wir Grüne stellen uns klar gegen Abschiebungen in Krisengebiete wie Afghanistan und Syrien. Zudem gilt es, die Leistungen für Asylsuchende zu verbessern. Hier ist die Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes notwendig, deren Prozess wir zusammen mit der Bundesregierung eng begleiten wollen. Damit verbunden ist auch die Verstärkung und Ausgewogenheit der Unterstützung durch den Bund für flüchtlingsbezogene Kosten. Wir begrüßen zudem, dass die neue Bundesregierung Erleichterungen und Vereinheitlichungen bei den Duldungstatbeständen schaffen will, indem das Chancen-Aufenthaltsrecht eingeführt und die „Duldung light“ abgeschafft wird. Im Rahmen der nun bundesweit geplanten unabhängigen

Asylverfahrens- und Rückkehr- und Perspektivberatung, hat NRW mit seiner Förderrichtlinie der Sozialen Beratung für Geflüchtete Vorbildcharakter und wird sich dafür nachhaltig für eine bundesweite Umsetzung einsetzen. Das angekündigte humanitäre Aufnahmeprogramm für besonders schutzbedürftige Personengruppen werden wir mit Nachdruck vom Bund einfordern.

SPD

Die Koalition auf Bundesebene will einen Neuanfang in der Migrations- und Integrationspolitik gestalten, der einem modernen Einwanderungsland gerecht wird. Mit einer aktiven und ordnenden Politik will der Bund Migration vorausschauend und realistisch gestalten und irreguläre Migration reduzieren und reguläre Migration ermöglichen. Dabei stehen wir zu unserer humanitären Verantwortung und den Verpflichtungen, die sich aus dem Grundgesetz, der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK), der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) und dem Europarecht ergeben, um Geflüchtete zu schützen und Fluchtursachen zu bekämpfen. Die dafür notwendigen Schritte auf Bundesebene, wird die NRWSPD konstruktiv begleiten.

CDU

Wir setzen uns grundsätzlich für eine Stärkung des europäischen Asylsystems ein. Darin werden Mindeststandards zur Behandlung von Asylsuchenden festgelegt, um sie zu schützen.

FDP

Wir setzen uns für einen Neuanfang in der Migrations- und Integrationspolitik ein, der einem modernen Einwanderungsland gerecht wird. Dazu wollen wir legale Einwanderungswege eröffnen und irreguläre Migration unterbinden. Wir unterstützen die Pläne der neuen Bundesregierung, Fachkräfteeinwanderung zu vereinfachen. Zudem wollen wir nach kanadischem Vorbild Jobsuchende im Rahmen eines Punktesystems über eine Chancenkarte in unseren Arbeitsmarkt einladen. Wir wollen auch mehr humanitäre Direktaufnahmen von Geflüchteten direkt aus ihrem Herkunfts- oder Erstfluchtländern. Gut integrierten Menschen wollen wir dauerhafte Rechtssicherheit ermöglichen. Dazu zählen eine Verkürzung der Voraufenthaltszeiten bei den Bleiberechten, ein Chancen- Aufenthaltsrecht zur Klärung der Voraussetzungen für ein Bleiberecht sowie eine bessere Absicherung für Geduldete in Ausbildung bzw. Beschäftigung. Darüber hinaus wollen wir Eingewanderten durch vereinfachte Einbürgerung und die Ermöglichung von Mehrstaatlichkeit eine realistische Chance geben, vollwertiges Mitglied unserer Gemeinschaft zu werden.